

SPD UB-Parteitag 14.04.2018

Antrag EU3

Antragsteller AK Europa

Titel: Eine SPD-Strategie für eine europäische Außen- und Friedenspolitik

1 Weiterleitung an den Landesparteitag

2 **Beschluss**

3 Die Weltgemeinschaft befindet sich in einer tiefen Krise. Die Zahl der Kriege und
4 bewaffneten Konflikte hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen, man denke nur
5 an die blutigen Auseinandersetzungen in Syrien, Irak, Jemen, Afghanistan sowie in
6 Teilen Afrikas. Auch der Konflikt in der Ukraine dauert an. Die Spannungen auf der
7 koreanischen Halbinsel verschärfen sich weiter und bedrohen den Weltfrieden. Jedes
8 sechste Kind lebt inzwischen in einem Kriegs- oder Konfliktgebiet. Über 60 Millionen
9 Menschen sind weltweit auf der Flucht; mehr als jemals zuvor. Humanitäre
10 Katastrophen bahnen sich an oder finden schon statt. Angefeuert wird diese Lage
11 durch geo- und regionalpolitische Rivalitäten, religiösen Fanatismus, autoritäre Regime
12 sowie rechtspopulistische und nationalistische Kräfte.

13

14 Auch die globale Entwicklung macht geringere Fortschritte als erhofft. Der Kampf
15 gegen den Hunger hat noch keinen Durchbruch erzielt; nach wie vor hungern rund 800
16 Millionen Menschen, weitere zwei Milliarden Menschen sind aufgrund einseitiger
17 Ernährung fehlernährt. Hunderte Millionen Menschen haben keinen Zugang zu
18 sauberem Trinkwasser oder zu sanitären Einrichtungen. Hinzu kommt eine drohende
19 Umweltkatastrophe aufgrund des Klimawandels. Dramatisch sind auch der nicht
20 nachhaltige Ressourcenverbrauch, die Verluste an biologischer Vielfalt und die
21 Beeinträchtigungen natürlicher Ökosysteme. Auch die soziale und politische Teilhabe
22 ist in weiten Teilen der Welt nur gering ausgeprägt. Der Zugang zu sozialen
23 Sicherungssystemen und zu Bildungsangeboten ist beschränkt und ungerecht verteilt.
24 Es mangelt in vielen Staaten an guter Regierungsführung.

25

26 In dieser kritischen Lage verschiebt sich derzeit die internationale Machtbalance:
27 Während die USA ihren nationalen Interessen an die erste Stelle setzen, sich aus der
28 internationalen Verantwortung und Kooperation zurückziehen und um ihre Stellung
29 als stärkste (auch militärische) Weltmacht kämpfen, gewinnt China mit einer
30 militärisch unterlegten geopolitischen Strategie zunehmend an internationalem
31 Einfluss. Auch Russland verfolgt seine Machtinteressen offensiv und teils mit
32 militärischen Mitteln. Ein neuer atomarer Rüstungswettlauf hat begonnen, der sich auf
33 die Entwicklung kleiner Kernwaffen konzentriert.

34

35 Es ist daher höchste Zeit, dass sich die Europäische Union ihrer Stärken besinnt und
36 eine aktivere, der Friedensförderung verpflichtete Rolle in der internationalen Politik

Antrag EU3

Antragsteller AK Europa

Titel: Eine SPD-Strategie für eine europäische Außen- und Friedenspolitik

37 übernimmt. Die Europäische Union kann stolz auf über 70 Jahre des friedlichen
38 Zusammenlebens ihrer Mitgliedstaaten zurückblicken. In dieser historisch beispiellosen
39 Friedenszeit konnte sich ein Raum der Freiheit entfalten, der durch die vier
40 Grundfreiheiten des Binnenmarkts und durch die Herrschaft des Rechts
41 gekennzeichnet ist, vor allem aber durch die Herausbildung einer freiheitlich-
42 demokratischen Wertegemeinschaft, wie sie etwa in der Grundrechtecharta zum
43 Ausdruck kommt. In wirtschaftlicher Hinsicht vollbrachte die Europäische Union einen
44 beispiellosen Aufstieg aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs zum größten
45 Binnenmarkt der Welt, der fast ein Viertel des globalen Bruttoinlandsprodukts
46 erwirtschaftet. Zugleich konnte in der Europäischen Union – bei allen verbleibenden
47 regionalen Unterschieden und Schwierigkeiten – ein im globalen Vergleich relativ
48 hohes Niveau an sozialen und ökologischen Standards erreicht werden. Auf
49 internationaler Ebene verfügt die Europäische Union als bedeutender Akteur in
50 verschiedenen internationalen Organisationen und Formaten – etwa auch in der G7
51 und der G20 – sowie mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst schon heute über
52 Gestaltungspotenzial. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten finanzieren
53 zudem mehr als die Hälfte der weltweiten Entwicklungszusammenarbeit.

54
55 Das Vakuum, das die USA hinterlassen, darf nicht autoritären und undemokratischen
56 Staaten überlassen werden. Vielmehr muss die Europäische Union diese Situation als
57 Chance begreifen. Als Staatenverbund mit rund 500 Millionen Einwohnern und als
58 führende Wirtschaftsmacht kann sie bedeutenden Einfluss auf die Gestaltung der
59 globalen Fragen gewinnen. Dies setzt allerdings voraus, dass sie effiziente und
60 schlagkräftige Strukturen aufbaut, Entscheidungsprozesse schlanker und
61 demokratischer gestaltet und dass sie und ihre Mitgliedstaaten auf dem globalen
62 Parkett mit einer Stimme sprechen.

63
64 Eine so aufgestellte Europäische Union kann einen wirkungsvollen Beitrag dazu leisten,
65 die aktuellen dramatischen Konflikte einzudämmen, dauerhafte Stabilität zu
66 gewährleisten und weltweite Entwicklung zu ermöglichen – und damit die
67 Lebensverhältnisse aller Menschen zu verbessern.

68
69 Wir fordern daher:

70

71 1. Aufstellung der Europäischen Union für die internationale Politik

72

SPD UB-Parteitag 14.04.2018

Antrag EU3

Antragsteller AK Europa

Titel: Eine SPD-Strategie für eine europäische Außen- und Friedenspolitik

73 Die Europäische Union muss sich strukturell so aufstellen, dass sie ihre Stärken
74 international bestmöglich einsetzen kann. Die internationale Politik der Europäischen
75 Union muss kohärenter gestaltet werden, gegebenenfalls auch in einem Europa
76 unterschiedlicher Geschwindigkeiten. Dies schließt sowohl die Gemeinsame Außen-
77 und Sicherheitspolitik (GASP) als auch die anderen Außenbeziehungen (EU-
78 Kommission) ein. Die EU muss ihre Fähigkeiten der zivilen Konfliktlösung stärken und
79 eine Arbeitseinheit „Friedensförderung“ im Europäischen Auswärtigen Dienst
80 einrichten – zur Entwicklung einer friedenspolitischen strategischen Antwort der EU
81 auf Konflikte.

82

83 Das Amt der/des Hohen Vertreterin/Hohen Vertreters für Außen- und
84 Sicherheitspolitik muss gestärkt werden. Die/Der Hohe Vertreterin/Hohe Vertreter
85 muss für alle zentralen Bereiche der internationalen Politik zuständig sein. Ihre Rolle
86 muss daher über die bloße Koordination der Positionen der Mitgliedstaaten weit
87 hinausgehen. Ihre Beratung muss gleichrangig durch das Politische und
88 Sicherheitspolitische Komitee (PSK) und einen aufgewerteten Ausschuss für die zivilen
89 Aspekte der Krisenbewältigung (Committee for Civilian Aspects of Crisis Management,
90 CIVCOM) erfolgen.

91

92 Auf dem Gebiet der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik muss anstelle des
93 derzeitigen Einstimmigkeitsprinzips verstärkt mit Mehrheit entschieden werden.

94

95 2. Außenpolitische Strategie

96

97 Die Europäische Union muss die Gesamtheit ihrer Außenbeziehungen an den Zielen
98 der Förderung des Friedens und der nachhaltigen Entwicklung ausrichten und zu
99 diesem Zweck eine entsprechende Strategie einschließlich der dafür zu ergreifenden
100 Maßnahmen erarbeiten. Wir machen eine präventive, umfassende Friedens- und
101 Entwicklungspolitik zum strategischen Schwerpunkt der europäischen Politik. Pfeiler
102 dieser Politik sind die soziale, ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit der
103 Agenda 2030.

104

105 Wir bekräftigen – unbeschadet des gegenwärtigen Rückzugs der USA – die
106 herausragende Bedeutung der transatlantischen Beziehungen. Wir teilen mit den USA
107 und mit Kanada grundlegende Werte und gemeinsame Interessen. Das soll auch so
108 bleiben. Zugleich sind wir davon überzeugt, dass Europa selbstbewusster werden und
109 eine stärkere, eigenständige internationale Rolle übernehmen muss.

SPD UB-Parteitag 14.04.2018

Antrag EU3

Antragsteller AK Europa

Titel: Eine SPD-Strategie für eine europäische Außen- und Friedenspolitik

110

111 3. Frieden und Sicherheit

112

113 Die Europäische Union muss für ganz Europa eine inklusive Sicherheitsarchitektur
114 anstreben. Zur Wiederbelebung der Entspannungspolitik muss sie vordringlich ein
115 Konzept deeskalierender und vertrauensbildender Maßnahmen vorlegen und sich für
116 die Einberufung einer europäischen Friedenskonferenz (unter Einbeziehung der USA,
117 Kanadas und Russlands) zum frühestmöglichen Zeitpunkt einsetzen. Es muss alles
118 unternommen werden, die sich abzeichnende Gewaltspirale zu stoppen und ein
119 Wettrüsten – sowohl konventionell wie atomar – in Europa zu verhindern. Eine
120 nachhaltige Stärkung der OSZE im Rahmen ziviler Konfliktbewältigung ist anzustreben.

121

122 Die Europäische Verteidigungsunion muss einer demokratischen und rechtsstaatlichen
123 Kontrolle unterliegen. Eine zukünftige europäische Armee – und in einem ersten Schritt
124 die „Armee der Europäer“ – muss eine Parlamentsarmee sein. Die ständige
125 strukturierte Zusammenarbeit im militärischen Bereich (PESCO) kann zu effizienteren
126 und harmonisierenden Strukturen führen. Sie stellt keine Konkurrenz zur NATO dar, da
127 sie nach unserer Überzeugung einem anderen Ziel dient – nicht der
128 Bündnisverteidigung, sondern der Schaffung einer Verteidigungsunion bis hin zur
129 Entstehung einer europäischen Armee. Allerdings sind wir der Überzeugung, dass der
130 Fokus der Zusammenarbeit nicht auf Rüstungsfragen liegen darf. Vielmehr muss der
131 militärische Aspekt in den Rahmen einer strategischen Friedens- und
132 Entwicklungspolitik eingebettet werden. Eine Steigerung der Verteidigungsausgaben
133 anhand starrer Prozentsätze lehnen wir ab. Darin sehen wir keinen strategischen
134 Ansatz zur Bewältigung der globalen Probleme. Bei der von uns befürworteten
135 ganzheitlichen Betrachtung muss es vielmehr darum gehen, ein schlüssiges und
136 durchfinanziertes Gesamtkonzept mit dem Vorrang des Politischen und Zivilen zu
137 erarbeiten und umzusetzen. Als wichtiger Schritt hierzu muss möglichst schnell eine
138 der PESCO vergleichbare Struktur im zivilen Bereich verwirklicht werden. Die
139 Europäische Union muss eine Friedensmacht bleiben. Daher muss das 2014 ins Leben
140 gerufene Europäische Friedensinstitut (European Institute for Peace, EIP) auch von
141 Deutschland unterstützt werden.

142

143 Auslandseinsätze im Rahmen der Europäischen Union dürfen nur mit UN-Mandat
144 durchgeführt werden. Bestehende Atomwaffenarsenale europäischer Mitgliedstaaten
145 sind von einer Nutzung im Rahmen der Europäischen Außen-, Sicherheits- und
146 Verteidigungspolitik ausgeschlossen. Vielmehr sollen gemeinsame Schritte zu einer

SPD UB-Parteitag 14.04.2018

Antrag EU3

Antragsteller AK Europa

Titel: Eine SPD-Strategie für eine europäische Außen- und Friedenspolitik

147 nuklearen Abrüstung unternommen werden. Ziel muss es sein, die Stationierung von
148 Nuklearwaffen in ganz Europa und seiner Nachbarschaft zu beenden.

149

150 In der Europäischen Union soll ein hohes gemeinsames Niveau von
151 Rüstungsexportbeschränkungen gelten.

152

153 Alle Exporte von Rüstungsgütern einschließlich der Genehmigung von
154 Produktionslizenzen dürfen - über die bisherigen Beschränkungen hinaus - nur noch in
155 Mitgliedstaaten der Europäischen Union und in solche Staaten gestattet sein, bei
156 denen der Verbleib der Rüstungsgüter sichergestellt ist, in denen die Grundsätze der
157 parlamentarischen Demokratie gewahrt werden, die keine systematischen
158 Menschenrechtsverletzungen oder Kriegsverbrechen begehen und die nicht an
159 völkerrechtswidrigen kriegerischen Konflikten beteiligt sind. Dabei gilt- unter diesen
160 Voraussetzungen – dem Selbstverteidigungsrecht Israels, mit dem uns eine besondere
161 historische Verantwortung verbindet, auch in dieser Hinsicht unsere ausdrückliche
162 Solidarität.

163 Die Zuständigkeit für die deutsche Genehmigung von Exporten und
164 Produktionslizenzen muss vom Bundessicherheitsrat auf ein parlamentarisches
165 Gremium verlagert werden, das nach transparenten und demokratischen Grundsätzen
166 entscheidet."

167

168 Unabhängig davon müssen Waffenexporte generell deutlich und dauerhaft reduziert
169 werden. Insbesondere Kleinwaffenexporte in Nicht-EU-Staaten werden verboten.

170

171 Deutschland muss sich im Verbund mit seinen europäischen Partnern für einen
172 ständigen Sitz der Europäischen Union im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen
173 einsetzen.

174

175 4. Frieden durch Entwicklung

176

177 Zu einer strategischen Friedenspolitik der Europäischen Union gehört auch eine
178 kohärente Entwicklungspolitik. Die unterschiedlichen Interessen der Mitgliedstaaten
179 müssen in einer gemeinsamen entwicklungspolitischen Strategie zusammengeführt
180 werden. Hierdurch werden Lücken und Doppelungen vermieden. Die gemeinsame

SPD UB-Parteitag 14.04.2018

Antrag EU3

Antragsteller AK Europa

Titel: Eine SPD-Strategie für eine europäische Außen- und Friedenspolitik

181 Strategie muss einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen. Nachhaltige Entwicklungspolitik
182 berücksichtigt den Schutz der universellen Menschenrechte, soziale und ökologische
183 Standards und die Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), achtet auf
184 gute Regierungsführung und die Einbeziehung der Zivilgesellschaft. Sie berücksichtigt
185 traditionelle Landrechte und fördert eine regionale Versorgung mit Agrargütern auf der
186 Basis von Kleinbauern und Kooperativen. Sie fördert Frauen – etwa auch über die
187 Vergabe von Mikrokrediten –, schützt die Kinderrechte sowie „sexuelle und
188 reproduktive Gesundheit und Rechte“ (SRHR). Sie fördert nationale Systeme der
189 Daseinsvorsorge einschließlich des Bildungswesens sowie den Handel. Die Entstehung
190 einer Abhängigkeit von den Entwicklungsgeldern ist zu vermeiden. Vielmehr muss das
191 Ziel sein, die Staaten zu einer eigenständigen Entwicklung zu befähigen. Durch eine
192 Verlagerung der Wertschöpfungskette in die Ursprungsländer von Rohstoffen werden
193 regionale Wirtschaftsräume gestärkt und Arbeitsplätze geschaffen.

194
195 Wir stehen für Fairness in der internationalen Handels-, Wirtschafts- und
196 Landwirtschaftspolitik. Die Partnerschaftsabkommen der Europäischen Union mit den
197 afrikanischen Staaten (Economic Partnership Agreements) müssen daraufhin überprüft
198 werden, ob sie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den betroffenen
199 Entwicklungsländern dienen oder Abhängigkeiten weiter zementieren. Auch in dem
200 Nachfolgeabkommen zu dem Vertrag von Cotonou sind die beschriebenen Kriterien
201 einer nachhaltigen Entwicklungspolitik zu berücksichtigen. Ungleiche
202 Handelsbeziehungen, bei denen europäische Produkte insbesondere im Agrarbereich
203 einen unfairen Marktvorteil in den Entwicklungsländern erlangen, müssen vermieden
204 werden. Wir wollen Afrika bei der Schaffung einer afrikanischen Freihandelszone
205 unterstützen und darüber hinaus regionale Verbünde stärken. Handelsabkommen mit
206 wirtschaftlich starken Staaten oder Regionen dürfen keine nachteiligen Auswirkungen
207 zulasten der sich entwickelnden Länder des Südens haben.

208
209 Die eingesetzten Mittel der europäischen Entwicklungszusammenarbeit müssen einem
210 effektiven Monitoring unterliegen und es muss sichergestellt sein, dass sie nicht
211 zweckentfremdet werden; die DAC-Kriterien der OECD sind einzuhalten. Keinesfalls
212 dürfen Entwicklungsgelder für militärische Zwecke eingesetzt werden. Die
213 Umwidmung entwicklungspolitischer Finanzmittel für sicherheitspolitische Aufgaben
214 darf nicht fortgesetzt werden. Zudem darf Entwicklungshilfe nicht mit der
215 Eindämmung von Migration gekoppelt werden, sondern muss sich am Bedarf und an
216 den Kriterien einer nachhaltigen Entwicklungspolitik orientieren. Das gilt insbesondere
217 auch für die Sahel-Staaten (G5 und andere).

SPD UB-Parteitag 14.04.2018

Antrag EU3

Antragsteller AK Europa

Titel: Eine SPD-Strategie für eine europäische Außen- und Friedenspolitik

218

219 Das Europäische Parlament muss auch im Bereich der Entwicklungspolitik gestärkt
220 werden. Insbesondere muss der Europäische Entwicklungsfonds (EEF) in das EU-Budget
221 eingegliedert werden. In der ODA-Quote dürfen nicht die Aufwendungen für
222 Flüchtlinge berücksichtigt werden. Der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der
223 Europäischen Union darf nicht dazu führen, dass die Mittel für die
224 Entwicklungszusammenarbeit sinken. Vielmehr müssen die verbleibenden
225 Mitgliedstaaten ihre Beiträge angemessen erhöhen. Das gilt insbesondere auch für
226 diejenigen Mitgliedstaaten, die bisher nur verhältnismäßig geringe Beiträge zur
227 Entwicklungszusammenarbeit geleistet haben.